



„Fadenscheinige Argumente“

Kann die Gemeinde Brixen eine **Mindestlohnklausel** bei öffentlichen Ausschreibungen einführen? Und soll in der Bischofsstadt ein **Regenbogen-Kunstwerk** installiert werden? Im Brixner Gemeinderat gingen die Meinungen teils weit auseinander.

von *Erna Egger*

Enttäuschte Grüne Bürgerliste: „Wir waren zuversichtlich, dass unser Beschlussantrag mehrheitlich angenommen werden würde, da der Bürgermeister in seiner Wahlkampagne versprochen hatte, sich für die Bekämpfung der Armut einzusetzen, und der PD in Brixen ebenfalls Unterschriften für ein nationales Gesetz über den Mindestlohn gesammelt hatte“, kommentieren Verena Stenico, Markus Frei und Barbara Wielander. Doch die Hoffnung der drei Oppositionsgemeinderäte wurde enttäuscht.

Aber von Anfang an: In der Gemeinderatssitzung am Donnerstagabend im Rathaus Brixen kam es primär bei den eingebrachten Beschlussanträgen der Opposition zu kontroversen Debatten.

Auch die Grünen Bürgerliste hatte einen Beschlussantrag vorgelegt – mit diesem forderte sie die Einführung eines verbindlichen Mindestlohns bei Gemeindeausschreibungen.

Konkret: Die Gemeinde soll ab dem Jahr 2025 bei Ausschreibungen eine Klausel beifügen, nach der Unternehmen, die öffentliche Aufträge von der Gemeinde erhal-



ten, den Arbeitnehmer:innen einen Mindestlohn von 9,00 Euro pro Arbeitsstunde garantieren müssen. Der Antrag basierte auf der Tatsache, dass es in Italien und Südtirol viele Arbeitnehmer (Working Poors) gibt, die keinen ausreichenden Lohn erhalten. Laut Daten des AFI Bozen - Arbeitsförderungsinstituts leben knapp 37.000 Südtiroler Familien mit einem Jahreseinkommen von weniger als 9.600 Euro. „Der Mindestlohn kann auf lokaler

Ebene in Gemeinden, Bau- und Dienstleistungsverträgen festgelegt werden und ermöglicht es den Arbeitnehmern, mit diesen Verträgen einen angemessenen Lohn zu gewährleisten“, unterstreichen die Mandatäre der Bürgerliste.

Ein ähnlicher Vorschlag wurde in Italien nämlich bereits von mehreren Gemeindeverwaltungen wie Livorno, Florenz, Neapel und der Region Apulien eingeführt: „Ein Beweis dafür, dass die lokale Ver-



waltung diese Entscheidung rechtmäßig treffen kann.“

Deswegen waren die Listenvertreter zuversichtlich, dass ihr Beschlussantrag mehrheitlich angenommen werden würde.

Dem war aber nicht so: In der ausführlichen Debatte betonten mehrere Vertreter der Mehrheit das große Interesse an fairen Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen.

Sie verwiesen aber auch darauf,



dass in Südtirol keine derart geringen Löhne ausbezahlt werden. Stecnico konterte: „Dem ist nicht so: Auch in Südtirol gibt es Leute, die weniger verdienen, beispielsweise Angestellte von Putzfirmen.“

Wie die Fraktionssprecherin des PD, Renate Prader, sowie der SVP-Fraktionssprecher und seine Stellvertreterin, Alex Fischer und Margit Tauber, erklärten, habe die SVP- und PD-Mehrheit nach eingehenden Beratungen beschlos-



Die Regenbogenflagge: Ist die Flagge der LGBTQI*-Gemeinschaft

sen, den Beschlussantrag aus mehreren Gründen nicht zu unterstützen: „Die Einführung eines kommunalen Mindestlohns würde zu einem Konflikt mit den nationalen und europäischen Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen führen. Die geltenden normativen Grundlagen erlauben es den Gemeinden nicht, einseitig einen Mindestlohn für das öffentliche Auftragswesen festzulegen.“

Das einzige Instrument, das den Gemeindeverwaltungen zur Verfügung steht, ist die Anwendung der Kollektivverträge. „Diese werden von der Gemeinde Brixen seit Jahren eingefordert“, so die Mehrheitsvertreter.

Die Gemeinde verfüge außerdem nicht über die Kompetenzen und Mittel, um die Einhaltung des geforderten Mindestlohns durch die Auftragnehmer zu kontrollieren, sodass die Einhaltung der Klausel nicht gewährleistet werden kann.

Die Festlegung von Mindestlöhnen sei Aufgabe der nationalen Regierung. „Wir werden weiterhin eng mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, um nachhaltige Lösungen zu finden. Dies muss allerdings im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten geschehen und darf nicht für politische Erfolge ausgeschlachtet werden“, so die Mehrheitsparteien. Der Antrag wurde schließlich mit 17-Nein Stimmen und 4 Ja-Stimmen abgelehnt.

Die Bürgerliste bedauert die Ablehnung und bezeichnet diese Argumente als fadenscheinig. Den PD-Gemeinderäten wirft sie ein Verhalten völlig im Widerspruch zu ihrer nationalen Politik vor.

Mit selbigem Abstimmungsergebnis wurde auch der Beschlussantrag des Team K abgewiesen. Die Gemeinderätinnen Sabine Mahlknecht, Verena Waldboth und Elisabeth Fulterer hatten gefordert, den Regenbogen bzw. dessen Farben als Symbol der Offenheit und Toleranz im Stadtbild zu integrieren und Sensibilisierungskampagnen zu initiieren (**Tageszeitung** berichtete). Ein Ideenwettbewerb lokaler Künstler wurde vorgeschlagen.

Vorab hatten die Mehrheitsparteien dem Team K vorgeschlagen, diesen Antrag zurückzuziehen und diesen der Kommission für Chancengleichheit vorzulegen. Elisabeth Fulterer lehnte jedoch ab: „Mir war es wichtig, den gesamten Gemeinderat zur Wichtigkeit zu informieren: Und die angeregte Diskussion hat gezeigt, dass es wichtig und richtig war, den Beschlussantrag dem gesamten Gemeinderat zu präsentieren. In der Debatte wurde nämlich augenscheinlich, wie wir nach wie vor auf die heteronormative Gesellschaft eingefah-

„In der Debatte wurde augenscheinlich, dass auch bei den Volksvertretern Aufklärungsbedarf besteht.“

ren sind und dass auch bei den Volksvertretern Aufklärungsbedarf besteht.“

Konkret stellte sie den Gemeinderäten die Frage: „Würdet ihr euch als Geoutete in der Stadt Brixen oder in den Fraktionen, in den Vereinen oder auf dem Arbeitsplatz wohlfühlen?“

Sie verwies auch darauf, dass sich die Summer School auf Schloss Velthurns heuer mit diesem Thema befasst und Centaurus Sensibilisierungsaktionen initiiert.

Stadträtin Sara Dejakum betonte die Bedeutung, das Thema Toleranz, Offenheit und Chancengleichheit aufzugreifen und Initiativen zu deren Förderung zu setzen. Sie äußerte jedoch ihre Verwunderung darüber, dass dieses Thema nicht an die Kommission für Chancengleichheit gerichtet wurde, deren Ernennung für denselben Tag auf der Tagesordnung stand. „Im Fokus der Kommission liegen genau solche Themen, dort können Experten hinzugezogen werden, und es steht ein Budget zur Verfügung“, so Dejakum.

Der Beschlussantrag wurde im Gemeinderat abgelehnt, soll aber in der Kommission für Chancengleichheit aufgegriffen werden.